WR 14. Apr. 2009

Grünenkritik: Vertrag hilft der Werra nicht

WERRA-MEISSNER. Heftige Kritik an der öffentlichen Vereinbarung zur Entsalzungt der Werra übt auch die Landtagsabgeordnete Sigrid Erfurth (Bündnis 90/Die Grünen). Sie zerschlage Porzellan und helfe der Werra nicht.

In dem gemeinsamen Beschluss aller Fraktionen des Hessischen Landtags vom 2. Juli 2007 sei eindeutig festgelegt, dass der Landtag eine Verlängerung des Grenzwertes für den Härtegrad über 2009 hinaus ablehnt.

Die Landesregierung habe aber einen Vertrag mit dem Unternehmen K+S abgeschlossen, in dem sie formuliert, den Grenzwert für den Härtegrad bis zu einer „ganzheitlichen Neuregelung" der Entsorgungssituation bis zum Jahr 2012 beizubehalten. Damit handele sie gegen einen eindeutig formulierten Willen des gesamten Parlaments.", erklärt Erfurth.

Der Vertrag brüskiere nicht nur den Landtag, sondern auch den Runden Tisch und die Landesparlamente von Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bremen.

Laut Erfurth läuft in diesem Jahr die Genehmigung aus, die für die Laugeneinleitung in die Werra den Grenzwert der so genannten deutschen Härte (dH) festlegt und in drei Jahren der Grenzwert für den Gesamtchloridgehalt. „Ich fordere die hessische Landesregierung auf, den Grenzwert für die deutsche Härte nicht über das Jahr 2009 hinaus zu verlängern", schreibt Erfurth. Der RP als Genehmigungsbehörde müsse gegenüber K+S deutlich machen, wie Werra und Weser bis zum Jahr 2020 wieder zu naturnahen Gewässern werden sollen. Dazu seien vor allem verbindliche Vorgaben zur schrittweisen Absenkung der Grenzwerte erforderlich.

Kritik übte Erfurth an Dirk Landau (CDU). Es sei abwegig, den Vertrag als Kompromiss zu würdigen. (wke)